

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



06. Juni 2022

OFFENER BRIEF AN DIE STAATSOBERHÄUPTER, DIE AM NEUNTEN AMERIKA-GIPFELTREFFEN TEILNEHMEN

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat als Gastgeber beschlossen, dass sich das 9. Amerika-Gipfeltreffen auf das Thema „Aufbau einer nachhaltigen, widerstandsfähigen und gerechten Zukunft“ konzentrieren wird. Amnesty International ist der Ansicht, dass diese nachhaltige, widerstandsfähige und gerechte Zukunft die Menschenrechte nicht außer Acht lassen darf. Insbesondere die Menschenrechte der Millionen von Menschen, die Menschenrechtsverletzungen erlebt haben, sowie die der Gemeinschaften und Gruppen, die historisch marginalisiert wurden, müssen in die Überlegungen eingeschlossen werden müssen.

In der Region mit den unterschiedlichsten Lebensbedingungen der Welt und ungeachtet der Tatsache, dass die Covid-19-Pandemie die Ungleichheiten weiter verschärft, haben sich die Staaten in Nord- und Südamerika nicht auf eine angemessene Verbesserung der Situation konzentriert. Im Gegenteil, sie haben Bemühungen unternommen, Menschenrechte zu untergraben, friedliche Proteste zu unterdrücken, Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen einzuschüchtern und die Unabhängigkeit der Justiz zu gefährden, um regierungskritische Stimmen zum Schweigen zu bringen.

Vor diesem Hintergrund finden in der Region weiterhin einige der weltweit größten grenzüberschreitenden Migrationsbewegungen statt. Angesichts der Initiative der US-Regierung, beim Amerikagipfel einen regionalen [Migrationspakt](#) anzustreben, unterstreicht Amnesty International, dass die meisten dieser Migrationsbewegungen das Ergebnis von vielfältigen Menschenrechtskrisen sind. Dazu gehört die anhaltende Krise in Venezuela, die mehr als sechs Millionen Menschen dazu veranlasst hat, aus dem Land zu fliehen und internationalen Schutz zu suchen; die Verfolgung von Menschen aus politischen Gründen in Nicaragua und Kuba; die humanitäre Lage in Haiti, die dazu geführt hat, dass Tausende von Menschen in der gesamten Region unterwegs sind, und die allgemeine Gewaltsituation, zu der noch Naturkatastrophen im Zusammenhang mit dem Klimawandel in Zentralamerika kommen, die Zehntausende von Menschen aus El Salvador, Honduras und Guatemala dazu veranlasst haben, sich auf den Weg in den Norden des Kontinents zu machen.

Die Organisation bedauert, dass die Behörden mehrerer Staaten der Region angesichts des dringenden Schutzbedarfs mit einer restriktiven und oft unmenschlichen Politik reagieren und Migrant*innen und Flüchtlinge unter prekären Bedingungen festhalten, während andere Staaten Zwangsrückführungen durchführen, ohne Asylanträge oder Situationen zu berücksichtigen, die eine Rückkehr unmöglich machen, wie im Fall von Haiti. In mehreren Ländern der Region ist die Militarisierung der Grenzen zu einem Dauerzustand geworden, der ein Umfeld geschaffen hat, das Menschenrechtsverletzungen nicht nur gegenüber Schutzsuchenden, sondern auch gegen die gastgebenden Gemeinschaften begünstigt.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Um die Dringlichkeit der Situation zu verdeutlichen, erinnert Amnesty International daran, dass allein im letzten Jahr nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) mindestens 650 Menschen beim Versuch ihr Leben verloren haben, die Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten von Amerika zu überqueren, die höchste Zahl seit 2014. Darüber hinaus hat die Grenzschutzbehörde der Vereinigten Staaten auch im Jahr 2021 in Zusammenarbeit mit den mexikanischen Behörden unter dem Vorwand gesundheitspolizeilicher Vorschriften die summarische, unnötige und rechtswidrige Rückführung von fast 1,5 Millionen Flüchtlingen und Migrant*innen durchgeführt, darunter Tausende von unbegleiteten Minderjährigen.

Die mexikanischen Behörden halten mindestens 252.526 Personen in Haftanstalten für Einwanderer fest. Diese Einrichtungen bieten keine ausreichenden Hygienemaßnahmen und mindestens 101.571 Menschen, vor allem aus Mittelamerika, darunter Tausende von unbegleiteten Minderjährigen, wurden abgeschoben.

Im konkreten Fall von Venezuela ist Amnesty International der Ansicht, dass der Exodus von mehr als sechs Millionen Menschen einer der deutlichsten und überzeugendsten Beweise für die tiefe Menschenrechtskrise ist, die das Land durchlebt. Massive Menschenrechtsverletzungen haben dazu geführt, dass 20% der Bevölkerung des Landes Schutz in anderen Ländern suchen, die meisten davon in Lateinamerika und der Karibik.

Es sei darauf hingewiesen, dass sich die Personen, die internationalen Schutz benötigen, in vielen Aufnahmeländern in einer katastrophalen Situation befinden. Was die Militarisierung betrifft, so hat die peruanische Regierung im Januar 2021 das Militär an der Grenze zu Ecuador eingesetzt, um die Einreise von Migrant*innen und Asylbewerber*innen zu beschränken und die Menschen an der Grenze auseinanderzutreiben, wobei zuweilen auch Schusswaffen eingesetzt wurden. In Trinidad und Tobago war es nicht anders: Die Sicherheitskräfte erschossen sogar ein Baby, das sich mit seiner Mutter in einer Gruppe von Venezolaner*innen befand, die versuchten, irregulär mit dem Boot in das Land einzureisen, weil es ihnen unmöglich war, auf legalem Wege ins Land zu gelangen.

Die Kriminalisierung der irregulären Migration und das Fehlen von Asylgesetzen in vielen Ländern der Region setzen Migrant*innen und Menschen, die internationalen Schutzes bedürfen, der ernsthaften Gefahr aus, zwangsweise in ihr Land zurückgeschickt und Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt zu werden.

In Chile zum Beispiel bietet das neue Migrationsgesetz keine Garantien für die Legalisierung von venezolanischen Staatsangehörigen, da es einer Person, die sich bereits in Chile befindet, nicht erlaubt, den Aufenthaltsstatus zu wechseln. Dieses Gesetz könnte einen Rückschlag darstellen, da es die Befugnisse der Behörden erweitert, um Abschiebungen und sofortige Rückführungen an die Grenze durchzuführen, was ein hohes Risiko von Verstößen gegen den Grundsatz der „Nichtzurückweisung“ von Asylbewerber*innen birgt. Kurz gesagt, das Gesetz erkennt nicht an, dass sich ein Migrant / eine Migrantin in einer Situation großer Gefahr befinden kann, die die besondere Aufmerksamkeit und den Schutz des Staates erfordert, insbesondere wenn es ihr Recht auf Asyl betrifft. Und dieses Gesetz ist kein Einzelfall, in mehreren Ländern wurden Gesetze und politische Maßnahmen eingeführt, die die Menschenrechte von Migrant*innen stark einschränken.

Die Staaten in der Region müssen sich unbedingt darauf konzentrieren, den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten. Der oben erwähnte Migrationspakt sollte ein Instrument der Zusammenarbeit und regionalen Koordinierung sein, das langfristig wirksame und dauerhafte Lösungen bieten kann. Dies zu unterlassen hieße, die Lebensrealität von Millionen von Menschen zu ignorieren, die internationalen Schutz suchen, was für viele die einzige Möglichkeit ist, ein Mindestmaß an Würde und Zugang zu Grundrechten wie Gesundheit, Nahrung und Sicherheit zu genießen.



Amnesty International fordert die Staatsoberhäupter des amerikanischen Kontinents dringend dazu auf, koordinierte Maßnahmen zu ergreifen, um Migrant*innen und Flüchtlingen in den Ländern der Region Schutz zu bieten. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass Risikogruppen wie unbegleiteten Minderjährigen, Frauen und Mädchen und LGBTI-Personen, um nur einige zu nennen, besondere Bedürfnisse haben, welche berücksichtigt werden müssen. Desgleichen fordert die Organisation die Behörden der Staaten in der Region auf, die Infrastruktur und die Reaktionskapazitäten zu schaffen und zu stärken, um diese grenzüberschreitenden Migrationsbewegungen zu bewältigen, damit eine koordinierte, vernetzte und dauerhafte regionale Reaktion möglich wird. Dies wäre eine umfassende Antwort auf die Bedürfnisse von Tausenden von Menschen, die internationalen Schutz suchen, und ein bedeutendes Bekenntnis zu den Menschenrechten.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original:

Open Letter to the Heads of State attending the Ninth Summit of the Americas

AI-Index: AMR 01/5593/2022, 6. Juni 2022

<https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2022/06/AMR0155932022ENGLISH.pdf>

